



Antrag

Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

AdBlue-Betrug verhindern - für fairen Wettbewerb im Speditionsgewerbe

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bittet die Landesregierung, im Rahmen einer Bundesratsinitiative aktiv gegen den Betrug durch sog. AdBlue-Emulatoren in Lkw vorzugehen. Das zuständige Bundesamt für Güterverkehr (BAG) muss rechtlich und technisch in die Lage versetzt werden, die Kontrolldichte auf deutschen Straßen deutlich zu erhöhen.

Begründung

In modernen Dieselmotoren wird durch die Einspritzung von Harnstoff (AdBlue) in den Abgasstrang der Stickoxidausstoß deutlich minimiert. Nur so ist es bei aktuellen Lkw-Modellen möglich, die Euro-5- und Euro-6-Norm zu erreichen. Um die zusätzlichen Kosten für die Zusatzlösung zu sparen, kaufen kriminelle Speditionen Geräte, die die Bordelektronik manipulieren und so die Harnstoffeinspritzung lahmlegen.

Pro Jahr lassen sich so im Schnitt 2.000 Euro je Lkw sparen. Da die Maut u. a. nach der Schadstoffklasse berechnet wird, entstehen dem Fiskus durch derartigen Betrug Schäden in dreistelliger Millionenhöhe. Der Schaden aus entgangenen Maut-Einnahmen beläuft sich nach ersten Schätzungen auf über 110 Mio. Euro, da manipulierte Fahrzeuge eigentlich nach Euro-1-Norm abgerechnet werden müssten. Das zuständige BAG kontrolliert derartige Manipulationen bisher nicht, obwohl leere AdBlue-Tanks, die Stellung der AdBlue-Anzeige im Fahrzeug und eine visuelle Begutachtung der Bordelektrik einen Betrug leicht erkennen lassen. Durch diesen Betrug verschaffen sich ausländische Speditionen klare Wettbewerbsvorteile gegenüber heimischen Speditionen.

(Ausgegeben am 14.06.2017)

Manipulationen an Abgasanlagen von Lkw sind Betrug, der sowohl strafrechtlich als auch durch Stilllegung des Fahrzeuges zu verfolgen ist.

Siegfried Borgwardt
Fraktionsvorsitzender CDU

Dr. Katja Pähle
Fraktionsvorsitzende SPD

Cornelia Lüddemann
Fraktionsvorsitzende
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN